

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN: Hälfte der Einleitungsunterschriften geschafft! Noch acht Monate "Zeit" für die zweite Hälfte.

Wer will dabei aktiv mitarbeiten?

Über viertausend behördlich bestätigte Unterstützungs-Erklärungen für die Einleitung dieses Volksbegehrens liegen den Organisatoren der **"Überparteilichen Plattform für den Austritt aus der EU"** bereits vor. Teilnehmer der Plattform sind die unabhängigen Gruppierungen "Initiative Heimat & Umwelt", "Initiative für direkte Demokratie", Anti-Gentechnik-Plattform "Pro Leben" und die Tierschutzorganisation "Animal Spirit". Wir führen **laufend Aktionstage** für den Austritt aus der EU und das Volksbegehren auf öffentlichen Plätzen durch, eine sehr zeitraubende und anstrengende Tätigkeit. Selbst im heuer sehr langen Winter "absolvierten" wir trotz Minusgraden und kaltem Wind zahlreiche Aktionstage, die ja fast nur **im Freien** (auf öffentlichem Grund) stattfinden können ... Es war ein Frieren für Österreich!

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir wieder viele Aktionstage zur Verbreitung des Volksbegehrens durchführen - diesmal in Graz, Bruck/Mur, Neunkirchen (NÖ), St. Pölten, Linz, Salzburg (Stadt), Wels, Bad Ischl, Gmunden, Vöcklabruck, und natürlich immer wieder in mehreren Bezirken von Wien.

Wer dabei stunden- oder tageweise mithelfen will und kann, **bitte um Mitteilung per Telefon** (02242/70516 / Fr.

Rauscher) **oder E-mail** (helmut.schramm@gmx.at). Alles Nähere dann persönlich.

Bei einem Teil der Aktionstage konnten wir dank Ihrer Kostenbeiträge auch **Notare** finanzieren, wodurch die Bürger gleich direkt beim Info-Tisch unterschreiben können und sich damit den Weg zum Magistrat oder Gemeindeamt ersparen - ein Service von uns vor allem **für Berufstätige**. Die Notare müssen dann anhand der Vergleichsunterschriften und der Personaldaten später in ihrer Kanzlei auf jeder Unterstützungs-Erklärung die jeweilige Beglaubigungs-Klausel korrekt ausfertigen.

Die **Notar-Honorare**, die wir für tausende, auf diese Weise erarbeitete Unterstützungs-Erklärungen bezahlen müssen, sind leider teilweise **sehr hoch**. Wir bitten deshalb unsere Leser, einerseits bei der Finanzierung dieser Zusatzkosten **verstärkt** mitzuhelfen, und andererseits **möglichst viele Mitbürger** zu animieren, die auf Seite 4 zur Entnahme abgedruckte Unterstützungs-Erklärung zur Einleitung des Volksbegehrens im Magistrat bzw. Gemeindeamt des Hauptwohnsitzortes zu unterschreiben; dabei entstehen keine Zusatzkosten!



Inge Rauscher
Obfrau der IHU

Natürlich wissen längst alle Massenmedien (= "Konzern-Medien") um unsere Arbeit an der Einleitung des EU-Austritts-Volksbegehrens. Aber nur ganz selten verirrt sich eine Zeile darüber in deren "Berichterstattung". So "wichtig" ist das Schicksal Österreichs!!! Aber uns als Bürger sollte es wichtiger sein als alles andere. Die **Schweigespirale in den Medien** können wir nur alle gemeinsam durchbrechen, durch eine massive Beteiligung am Volksbegehren. Wir sind das Volk und wir können uns nur selber helfen - niemand anderer wird es für uns tun!

Täuschung durch Facebook

Seite 2

Für eine Ende der Energievergeudung

Seite 3

Bildungs-Volksbegehren wozu?

ab Seite 5

Ein Appell an alle mündigen Staatsbürger: **Leisten Sie Widerstand gegen die gesteuerte Abwertung des Instruments VOLKSBEGEHREN!**

Es ist (noch!) die einzige Möglichkeit für Österreich, ein SACHANLIEGEN für unser Land nachhaltig voranzutreiben.

Den Herrschenden sind echte Volksbegehren "von unten" natürlich ein Dorn im Auge. Auch den meisten Massenmedien, die ja Teil des Herrschaftssystems sind - von ORF bis "Krone". Deshalb werden echte Volksbegehren von Politik und Medien einfach nicht bekanntgegeben - in Wahrheit eine AUSZEICHNUNG und EHRE für die Betreiber und das deutlichste Signal, daß sie ehrlich für das Volk arbeiten!

Es bedeutet aber auch, daß viel mehr Bürger als bisher für solche Volksbegehren wirklich etwas leisten müssen in Form von Zeit- und/oder Geldaufwand. Erst dadurch können wir alle = der Staat zu einer Demokratie kommen, die es heute ganz offensichtlich nicht gibt.

Denn es gibt auch unechte Volksbegehren, bei denen dieser Begriff nur vorgetäuscht wird, um ideologische Ziele mit dem Mäntelchen der Bürger-Zustimmung, die durch viel Geld herbeigeführt wird, durchzusetzen. Siehe dazu den ausführlichen Artikel zum Bildungs-Volksbegehren auf den Seiten 5-7.

Die Lösung heißt eindeutig Direkte Demokratie nach dem Muster der Schweiz. Diese gibt es aber nur außerhalb der EU und dafür arbeiten wir seit vielen Jahren.

WAS BEZWECKT DIE FACEBOOK-SEITE "1 MILLION ÖSTERREICHER FÜR DEN EU-AUSTRITT?"



Diese Facebook-Seite (<http://zhen.facebook.com/euaustritt>) mit etwa **107.000** "Freunden" fordert seit Anfang Februar eine Volksabstimmung über den Austritt aus der EU und weist auf die Website www.wetog.com hin. Bis 23. März haben knapp **1300** Personen Namen, Adresse und andere Daten auf einem bereitgestellten Formular eingetragen. Es wird auch ein Newsletter angeboten und um Spenden gebeten. Für allfällige Fragen gibt es eine E-Mail-Adresse (euaustritt@gmail.com)

Mit dem Thema EU-Austritt zu "werben" **begann** diese Facebook-Seite bereits im Vorjahr bald nach der Lancierung des **wirklichen** Volksbegehrens für den Austritt aus der EU (mit korrekter und amtlich gültiger Unterschriftsleistung in den Magistraten bzw. Gemeindeämtern). Was die Facebook-Betreiber dabei wirklich im Sinn haben, ist höchst unklar.

Will man das Volk "umleiten" und damit **das reale Volksbegehren stören** bzw. die Facebook-Unterschreiber glauben machen, daß sie damit ein echtes

Volksbegehren unterschrieben hätten und für dessen vorgetäuschtes Zustandekommen auch finanziell beitragen sollen???

Denn das reale in der Einleitungsphase befindliche EU-Austritts-Volksbegehren wird auf dieser Facebook-Seite absichtlich totgeschwiegen. Man findet **nirgends einen Hinweis auf das echte Volksbegehren** und/oder dessen Betreiber - im Gegenteil! Will man diese(s) auf der "Pinnwand" bekanntgeben, wird man sofort **gelöscht**... Nach einem Angebot von mir an die Facebook-Betreiber (die sich nicht zu erkennen geben), ein persönliches Kontaktgespräch mit diesen und den Proponenten des echten Volksbegehrens, Inge Rauscher und mir, herbeizuführen, meldeten sich die Betreiber nicht mehr...

Wer profitiert? Der Gründer und Vorstands-Vorsitzende des Online-Netzwerks "Facebook", **Mark Elliot Zuckerberg**, ist damit Dollar-Milliardär geworden. Die Daten von "Facebook" werden in den USA gespeichert und gegebenenfalls verwendet.

Solche Web-"dienste" oder ähnliche Netzwerke können echte Volksbegehren und schon gar nicht Volksabstimmungen jedenfalls **nicht** ersetzen.

Das echte Volksbegehren für den Austritt aus der EU kann man nur in den Magistraten/Gemeindeämtern mit dem in dieser WEGWARTE eingedruckten, behördlich so vorgeschriebenen **Formular** oder vor einem Notar gültig unterschreiben. Wer sich dieser demokratischen Mühe noch nicht unterzogen hat, möge dies bitte so bald wie möglich tun und/oder Freunde/Nachbarn/Arbeitskollegen etc. darüber informieren.

Viele zusätzliche Informationen dazu können der offiziellen Internet-Seite des Volksbegehrens entnommen werden unter **www.eu-austritt.blogspot.com**

Helmut Schramm,
 Proponent des EU-Austritts-Volksbegehrens,
 1100 Wien,
 Grenzackerstraße 11/7/5, E-Mail:
helmutschramm@gmx.at, Tel.:
 0650/736 22 00

ENDE DER ENERGIEVERGEUDUNG!

Das ist die wichtigste Lehre nicht nur aus der jüngsten Atomkatastrophe in Japan, sondern aus Atomkatastrophen davor (Tschernobyl) bzw. aus Beinahe-Katastrophen, die nur äußerst knapp mit viel Glück gerade noch verhindert werden konnten: **Harrisburg/Three Mile Island** in den USA, **Sellafield/Windscale** in Großbritannien, **Forsmark** in Schweden usw. usf.

Das bedeutet (u.a.): Ende aller klimatisierten (Hochhaus-) Gebäude in unseren gemäßigten Klimazonen - **Klimaanlagen** verbrauchen im Sommer mehr Energie als für Heizung im Winter -, Ende aller "hochrangigen" **Straßenbauten** und statt dessen Ausbau des Nahverkehrs durch die wesentlich energieärmeren Bahn-Linien, Abbau aller **Kunstschnee-Anlagen** mit ihrem riesigen Energie- und Quellwasserverbrauch in den Alpen, Überdenken der völlig überzogenen **Straßenbeleuchtung** und **Auslagen-Bleuchtung** durch viele Stunden in jeder Nacht u.v.m. .

Es ist klar, daß es nicht "in" ist, für Bescheidenheit einzutreten, wir plädieren trotzdem genau dafür!

Als Allheilmittel angepriesen werden die **"erneuerbaren" Energien**, zu denen auch riesige Staudämme in aller Welt zählen, die Mensch und Natur in einem ungeheuren Ausmaß schädigen.

Natürlich sind die "erneuerbaren Energien" ein besserer Weg als die Atomenergie - aber **jede Form der Energiegewinnung beansprucht die NATUR** und hat langfristige Folgen. "Energie" bedeutet immer einen Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch den Verbrauch von Rohstoffen unserer Mutter Erde, die wir alle zum (Über-) LEBEN brauchen.

ZUM EURATOM-VOLKSBEGEHREN

Alle Österreicher hätten wenige Tage (!) vor der Atomkatastrophe in Japan die Möglichkeit gehabt, für den Ausstieg aus dem Atomenergie-Förderprogramm in der EU ("Raus aus Euratom-Volksbegehren") zu unterschreiben... Viele taten es nicht, weil sie dafür den unbequemen Weg zum Gemeindeamt/ Magistrat in Kauf nehmen hätten müssen. Hätten sie trotzdem unterschrieben, müßten die Politiker ganz anders darauf Rücksicht nehmen als derzeit, wo nur Alibi-Aktionen verkündet werden.

Weder die "Kronen-Zeitung" noch "Global 2000" waren vor der Atomkatastrophe von Japan bereit, das "Raus aus Euratom-Volksbegehren" nennenswert zu unterstützen. Daraus sollten wir alle eine große Lehre ziehen: Vertrauen kann man nur jenen, die nicht erst **nach** Katastrophen auflagenwirksame Kampagnen betreiben.

Laut einer Meinungsumfrage der APA (Austria Presseagentur) wenige Tage nach der Atomkatastrophe von Japan - nur eine Woche nach Ende des Euratom-Volksbegehrens - bedauerten mehr als 80 % der Befragten, dieses Volksbegehren nicht unterschrieben zu haben ...

Besonders erschütternd dabei war eine Aussendung einer Splittergruppe namens "Anti-Atom-Szene" an alle Bürgermeister und Medien in ganz Österreich mit der "Information" bzw. Warnung vor dem Euratom-Volksbegehren, da deren Betreiber ("Atom-Stopp-Oberösterreich" und viele andere) rechtsextrem seien.

Die Atomenergie wird von den Menschen niemals wirklich beherrschbar sein, auch

nicht durch noch so aufwendige "Sicherheits" - Vorkehrungen. Jede Technologie muß **"fehlerfreundlich"** sein, denn Menschen sind eben fehlbar! Und die Atomenergie mit ihren Kettenreaktionen und aus der Umwelt nicht mehr rückrufbaren Strahlen mit einer Wirksamkeit über viele Generationen hinaus ist eben genau **nicht** "fehlerfreundlich".

WIE DER "FREIE WESTEN" DIE MEINUNGSFREIHEIT SEIT VIELEN JAHREN GANZ "DEMOKRATISCH" EINSCHRÄNKT

Ganz einfach - nämlich durch die exorbitante **Verteuerung der Porto-Tarife für die Herausgabe von politischen Zeitungen**. Seit dem EU-Beitritt hat sich in Österreich der Post-Tarif für "Zeitungen" (Sponsoring-Post) mehr als verzehnfacht. Kein anderer Tarif wurde so außerordentlich verteuert! Viele **Alternativ-Zeitungen** mußten deshalb ihr Erscheinen einstellen oder ihre Auflage ("demokratische Meinungsbildung") drastisch reduzieren. **Ab heuer** wurde das Porto für "Zeitungen" / "Sponsoring Post" **wieder massiv verteuert**: der Preisanstieg nur fürs Porto (zusätzlich zu den Druck- und sonstigen Produktionskosten) von der letzten Nummer zur jetzigen beträgt rund Euro 700,-. Wir können nur hoffen, daß sich unsere Leser davon nicht unterkriegen lassen und trotzdem weiter treu zur Sache stehen! Unsere Leistungsbereitschaft dafür ist ungebrochen.

Es muß aber allen klar sein, daß das Ringen um das Zustandekommen des EU-Austritts-Volksbegehrens viel Kraft, Ausdauer und Arbeit bedeuten wird.

Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren] AUSTRITT	[Allfällige Kurzbezeichnung] EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN											
aus der Europäischen Union												
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 60%;">Wohnort</td> <td style="width: 40%;">Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)</td> </tr> <tr> <td style="height: 20px;"></td> <td style="text-align: center;"> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> </tr> </table>							
Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> </tr> </table>											
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift											

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde									
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.							
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung									
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.							
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindegel	Unterschrift								
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> <td style="width: 10%; border: 1px solid black;"> </td> </tr> </table>										

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN - WOZU?

von Mag. Eva-Maria BLECHINGER

Auf den ersten Blick klingt der Text des Bildungsvolksbegehrens ja vielversprechend: "Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen, somit der Gesellschaft insgesamt und ihres wirtschaftlichen Wohlstandes. Wir sind ein Land ohne Rohstoffe", die Fähigkeiten unserer Jugend sind eine wichtige Voraussetzung für unsere Zukunft. Diese bestmöglich durch Bildung zu entwickeln, ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit." Und das in zwölf Punkten vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung? Man denkt sich, da hat sich jemand echt Gedanken gemacht. Doch auf den zweiten Blick erkennt man, woher der Wind weht.

Zu Punkt 1: „Wir fordern ein modernes, unbürokratisches und weitgehend autonomes Schulsystem unter Einbeziehung der Schulpartnerinnen ohne parteipolitische Einflußnahme...Die **Bezirksschulräte** werden samt ihren parteipolitisch zusammengesetzten Kollegien ersatzlos gestrichen, ebenso die Kollegien der **Landes(Stadt)schulräte**...“

Somit soll **alles zentral geregelt** und auch **bestimmt** werden, und der **persönliche Kontakt**, den man oft mit dem jeweiligen Bezirksschulinspektor hat und an den man sich in verschiedenen Fragen wenden kann, würde wegfallen. Übrig bleibt dann das Unterrichtsministerium mit seinen Funktionären, die man eben nicht kennt und die höchstwahrscheinlich alle Anfragen nach einem Schema beantworten werden, da Sie ja keinerlei persönlichen Bezug haben. Ich weiß aus langjähriger Erfahrung, daß mich die jeweiligen Bezirksschulinspektoren und deren Sekretärinnen immer sehr tatkräftig unterstützt haben, wenn ich Probleme mit Schülern hatte oder wenn es um Genehmigungen ging, die für eine Abstufung oder Aufstufung des Schülers oder der Schülerin notwendig waren.

Zu Punkt 2: „Wir fordern die

Gleichstellung der **Kindergärten** mit den Schulen und der Kindergartenpädagogen mit den Lehrern... Kindergartenpädagogen erhalten dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung wie alle anderen Lehrer und Lehrerinnen ...“

Meiner Meinung nach ist das keine gute Idee, denn Kindergartenpädagogen brauchen doch eine komplett andere Ausbildung als Lehrer. Bei ihnen ist ja primär das **soziale Lernen**, das Lernen, wie man sich in einer Gruppe verhält und die Verhaltensweisen im Umgang mit anderen wichtig, all das sollen sie den Kindern vermitteln. Natürlich müssen sie auch Wissen weitergeben, allerdings ist dieses Wissen anderer Natur als das, was die Lehrer ihren Schülern vermitteln, das ist meiner Meinung nach ein komplett anderer Zugang.

Außerdem werden derzeit Kindergartenpädagogen ja innerhalb einer 5 jährigen Schule mit Maturaabschluß auf ihren Beruf vorbereitet, was soll also dieser Vorschlag wirklich bedeuten? Sollen die Kindergartenpädagogen in Zukunft erst nach der Matura an irgendeiner Schule mit ihrer Ausbildung beginnen? Mich würde wirklich interessieren, wie sich das die Initiatoren dieses Volksbegehrens vorgestellt haben. Sollen/Müssen Kindergärtnerinnen, die in der Krabbelstube arbeiten, dieselbe Ausbildung haben wie Professoren am Gymnasium?

Zu Punkt 3: „Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten) sowie bundesweite Ganztagsangebote ...“

Das ist eindeutig eine Forderung nach **ganztägiger Betreuung der Kinder**, von der Krabbelstube bis zum Gymnasium. Da ich selbst Mutter zweier Kinder bin, weiß ich, **wie wichtig gerade** in den ersten Jahren **die Mutter** für die Entwicklung des Kindes ist. Ich



finde es daher fast ein Verbrechen, ein Kind in eine Krabbelstube zu geben, wo bereits Kinder im Alter von ein paar Monaten von fremden Frauen betreut werden, die sich zwar sicherlich gut um die Babys kümmern, aber eben die Mutter nicht ersetzen können.

Ich frage mich, **warum setzt man ein Kind in die Welt?** Um es nach ein paar Monaten bereits wieder anderen Leuten zur Betreuung zu geben? Ich finde das wirklich unverantwortlich von den Eltern, aber auch von denjenigen, die diese Einrichtungen planen, und ich kann es nur in speziellen Fällen verstehen, wenn z. B. die Mutter krank ist oder für eine kurze Zeit keine andere Möglichkeit besteht, weil die Familie in argen finanziellen Schwierigkeiten steckt, oder im Falle von Alleinerziehern (meist Frauen). Für diese sind **Horte** sinnvoll mit geeigneten Räumen und Personal zur Einnahme der Mittagsmahlzeit und zur Nachmittagsbetreuung der Kinder (Erledigung der Hausaufgaben/Freizeitmöglichkeiten).

Übrigens, was ist mit Hausfrauen – müssen die ihre Kinder dann auch in Ganztagschulen geben und soll dadurch ein Druck erzeugt werden, auch diese in die "außerhäusliche" Berufstätigkeit zu zwingen?

Zu Punkt 4: „Wir fordern ein Bildungssystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich in ihren Fähigkeiten und Talenten kontinuierlich gefördert und in ihren Schwächen unterstützt werden.“

¹⁾ Das stimmt nicht; Anmerkung der Redaktion.

Es gibt wirklich die unterschiedlichsten Interessen und Begabungen bei Kindern - deshalb gibt es ja am Nachmittag die unterschiedlichsten Angebote wie Ballett, Fußballvereine, Musikschulen, Bogenschießen. Wie soll eine Schule **das alles abdecken**? Das ist alleine schon finanziell nicht möglich, wie soll der Staat (d.h. wir alle) das alles bezahlen?

Zu Punkt 5: „Wir fordern die systematische **Abschaffung des Sitzenbleibens** und ein Ende der Nachhilfe.“

Diese Idee finde ich sehr bedenklich und deren Umsetzung würde sicherlich zu einer **weiteren Nivellierung unseres Schulsystems** führen. Wenn ein Schüler schlechte Noten hat, so ist es

Kind bereits versagt hat - sprich ein Nicht-Genügend erhält. Lehrer und Schüler wissen meist schon zu Weihnachten, daß der Lernstoff in diesem Jahr sehr schwer ist und es ungewiß ist, ob das Schuljahr OHNE Hilfe positiv benotet werden kann. Wieso soll man bis zum Jahresende warten, wenn zusätzliche Förderkurse oder Module auch schon im laufenden Schuljahr angeboten werden könnten - da wäre dann Nachhilfe (von den Eltern bezahlt) nicht mehr nötig. Wir haben aber jetzt schon in Österreich immer wieder **Lehrermangel** - in Mutterschutz gehende Lehrerinnen werden erst nach massiven Elternprotesten und Zeitungsartikeln nachbesetzt - mit einer **Teilzeitkraft**, Lehrerreserven für erkrankte Lehrer gibt es schon lange nicht mehr... Jedes

Zu Punkt 6: „Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen“.

Wie ich schon im Punkt 3 erwähnt habe, ist eine Ganztagschule für viele, vor allem jüngere Kinder, nicht optimal. Vor allem für jene, deren Mütter/Väter nicht ganztätig berufstätig sind. Die ideale Szene wäre, wenn die Kinder zu Mittag nach Hause kämen, dort essen können, dann ihre Hausübungen machen, für Tests und Schularbeiten lernen und schließlich noch ihren Freizeitbeschäftigungen nachgehen können, das alles aber **unter Kontrolle zumindest eines Elternteils**. Wenn die Kinder den ganzen Tag in der Schule sind, wird von dort bestimmt, was sie essen, was sie in der Freizeit

Begriff Bildungsvolksbegehren irreführend

Hannes Androsch, der langjährige SPÖ-Parteifunktionär, Vizekanzler und Finanzminister, nach der Parteikarriere zum Großindustriellen aufgestiegen, ist wohl der Letzte, der ein "Überparteiliches Volksbegehren" **glaubwürdig** starten könnte. "Sein" Volksbegehren, für das er laut eigener Aussage zwei Millionen Euro "braucht", hat sehr wenig mit Bildung im Sinne von Allgemeinbildung zu tun; es hat Menschen zum Ziel, die für die Industrie maximal verfügbar gemacht werden sollen.

Die Bosse der heutigen Großunternehmen haben ein Interesse daran, daß eine Familie nicht mehr - wie früher - von **einem** Gehalt leben kann, sondern dafür beide Elternteile arbeiten gehen müssen. Das ist für die Industrie viel billiger! Deshalb unterstützen auch die von Inseraten der Großindustrie "lebenden" Massenmedien gerade dieses "Volksbegehren" enorm! Bezeichnend, daß ausgerechnet die sogenannten sozialen Parteien SPÖ und Grüne dabei mitspielen ...

Anmerkung der Redaktion der WEGWARTE

meist so, daß er oder sie diese nicht nur in einem Fach, sondern in mehreren hat, was beweist, daß er den Großteil des Schuljahrs nicht genügend mitgearbeitet hat, um die Prüfungen zu bestehen, oder in einem falschen Schultyp sitzt, weil eben die Begabungen der Kinder unterschiedlich sind. Was nützt ihm dann ein Kursystem, wo er nur **die Gegenstände** wiederholt, in denen er einen Fünfer hatte, wie soll er **zur gleichen Zeit** trotzdem die anderen Gegenstände für die nächste Schulstufe lernen, den Stoff der früheren Schulstufe in den Gegenständen, die er nicht geschafft hat und den neuen Stoff des Gegenstandes, den er nicht geschafft hat?! Wie soll das in der Praxis aussehen? Ein Schüler, der sowieso höchstwahrscheinlich nicht gerade der fleißigste war, wird so sicherlich scheitern.

Wieso werden nur begleitende Maßnahmen gefordert, wenn das

Jahr fehlen Lehrer in Wien am 1. Schultag... Wer soll dann die Module und Förderkurse halten?

Was spricht außerdem gegen die **Wiederholungsprüfung am Beginn des neuen Schuljahres**, da hat der Schüler, der höchstens 2 Nicht-Genügend hat, sowieso die Möglichkeit, sich die Note auszubessern, und außerdem gibt es ja seit einigen Jahren sowieso schon die Aufstiegs Klausel, was bedeutet, daß Schüler mit „nur“ einem Fünfer, wenn die Klassenkonferenz zustimmt, in die nächste Klasse ohne Wiederholungsprüfung aufsteigen dürfen, was ich übrigens auch für einen Fehler halte.

Bezüglich Sitzen bleiben: In Österreich bleiben ca. 9% 1x sitzen, in Frankreich und vielen anderen europäischen Ländern sind es über 35%!

tun und mit wem sie zusammen sind. Die Eltern verlieren immer mehr ihre Erziehungsfunktion und die jeweiligen politischen Machthaber greifen immer mehr in diese, meiner Meinung nach hauptsächlich **den Eltern** zustehende Kompetenz, ein. Was dann am Schluß herauskommen kann, lasse ich Sie, liebe Leser, selbst herausfinden. Ich denke, unter den optimalsten Bedingungen könnte alles gut ausgehen, aber will ich als Elternteil wirklich all **meine Verantwortung** an die Schule abgeben?

Zu Punkt 7: „Wir fordern ein sozial faires Bildungssystem, in dem die Trennung der Kinder nach ihren Interessen und Begabungen erstmals am Ende der Schulpflicht erfolgt.“

Das ist ein eindeutiges Bekenntnis zur **Gesamtschule für alle 6 bis 15 jährigen Schüler**. Ich lehne die Gesamt-

schule ab, da wir meiner Meinung nach weiterhin ein differenziertes Schulsystem brauchen. **Jedes Kind ist schon ab der Geburt ein eigenständiges Wesen** mit einzigartigen Charakterzügen und -eigenschaften. Bereits in der Volksschule stellt sich heraus, wo die Stärken und Schwächen der Kinder liegen, daher sollen die Eltern auch weiterhin die Möglichkeit haben, nach der Volksschule zu entscheiden, in welche Schule sie ihre Kinder danach geben wollen. Es ist ohnehin jetzt schon so, daß es fast nur mehr zwei Möglichkeiten gibt, die Mittelschule (Hauptschulen gibt es vor allem in der Stadt Wien kaum mehr) und das Gymnasium.

Kinder, die bereits in der Volksschule Probleme haben, sollten auf keinen Fall, und das möchte ich als AHS-Professorin wirklich betonen, in das Gymnasium gehen. Ich sehe immer wieder, welche Probleme solche Kinder dann bereits in der Unterstufe haben, die meisten schaffen es sowieso nicht weiter und brauchen schon in der ersten Klasse Nachhilfe. Es ist keine Schande, sein Kind in eine Mittelschule oder Hauptschule zu geben, wichtig ist nur, daß das Kind gemäß seinen Anlagen gefördert wird, also **weder unterfordert noch überfordert** wird. In einer Gesamtschule ist es unmöglich, auf alle Kinder mit den verschiedensten Niveaus einzugehen, außer man hätte kleine Klassen zu maximal 10 Schülern oder mehrere Lehrer in einer Klasse, was aber sicherlich finanziell nicht machbar ist.

Was dabei herauskommen wird, kann man sich denken: es wird eine Nivellierung nach unten sein, die Begabteren werden auf der Strecke bleiben und/oder in Privatschulen gehen, falls sich die Eltern diese leisten können, denn die schwächeren und fauleren Schüler werden das Lerntempo bestimmen, und die individuelle Entfaltung der Schüler mit ihren verschiedenen Interessen und Begabungen wird dem Einheitsunterricht weichen müssen.

Eine Kollegin von mir hat **langjährige Erfahrung mit geistig schwerstbehinderten Kindern** und schwer verhaltensauffälligen

Kindern. Viele von den Kindern haben bereits mit 7 oder 8 Jahren eine derart schlimme Kindheit hinter sich, daß sie sich nicht in eine Gruppe einordnen können. Sie bekommen schwere Medikamente (mehr als man denkt) und brauchen eine Kleinstgruppe - sie **KÖNNEN** nicht in einer Klasse mit auch nur 20 Schülern unterrichtet werden, das halten sie nicht aus. Wie „die volle Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen auf allen Bildungsstufen zu gewährleisten“ ist, frage ich mich wirklich.

Zu Punkt 8: Es ist leicht zu sagen: „Wir fordern die Aufwertung des Lehrerberufs“.

Keine Frage - im vielgerühmten Finnland ist der Lehrerberuf sehr angesehen. In Österreich leider nicht mehr. Das kann allerdings nicht darauf zurückzuführen sein, daß Lehrer plötzlich in den letzten 10 Jahren durchwegs einen schlechten Job geleistet haben. Wie soll denn der vor allem in Medien mit großer Reichweite kampagnisierte und geglaubte (!) Tenor: Lehrer sind faul ... plötzlich geändert werden? Im "Bildungs-" Volksbegehren findet sich dafür kein Lösungsvorschlag.

Alles in allem kann man sagen, daß dieses Volksbegehren darauf abzielt, den jeweiligen politischen Machthabern mehr Kontrolle über die Kinder und Jugendlichen zu geben und den Eltern diese zu nehmen. **Eine Verbesserung des Bildungsniveaus wird damit kaum erreicht werden.**

*Mag. Eva-Maria Blechinger,
seit 23 Jahren AHS-Lehrerin.*

LERNSTUBE WIEN

Bildung statt Ausbildung

Da ich schon seit langer Zeit mit unserem Bildungssystem nicht zufrieden bin, habe ich (Mag. Eva-Maria Blechinger), gemeinsam mit meiner Kollegin, Dipl.Päd. **Eva Rötzer**, seit 27 Jahren Sonderschullehrerin, Logopädin und akademisch geprüfte Legasthennietrainerin, im Jahre 2000 eine **private Schule** (häuslicher Unterricht) ohne Öffentlichkeitsrecht, genannt Lernstube Wien, gegründet.

Der Unterricht findet in **Kleingruppen (6 - 10 Schüler)** statt und wird **von der Volksschule bis zur Matura** angeboten. Die Lehrer sind gut ausgebildet und am Fortschritt der Kinder interessiert. Begabte Kinder werden speziell gefördert und Kinder, die Lernprobleme haben, bekommen gezielte Hilfe. **Die Schüler werden zur Selbständigkeit erzogen.** Ihre Leistungen werden belohnt und sie sollen stolz sein, etwas zu wissen. Die individuelle Betreuung der Kinder ist uns sehr wichtig und wir sind bestrebt, jedem Schüler das zu vermitteln, was er braucht.

Wenn ein neuer Schüler zu uns kommt, schauen wir zuerst, auf welchem Wissensstand er ist und holen dann die alten Lücken Schritt für Schritt auf. So wird das grundlegende Wissen vermittelt und man kommt besser zum Ziel. Trotz des freundlichen Klimas und der verständnisvollen Lehrer wird **Disziplin und Ordnung** gefordert und von den Schülern auch gerne angenommen. Denn Disziplin und Ordnung sind erforderlich, um überhaupt richtig lernen zu können.

Unsere Schule ist **nicht konfessionell gebunden**. Es gibt keinen Religionsunterricht.

Da wir kein Öffentlichkeitsrecht haben, machen die Schüler eine Externistenprüfung pro Gegenstand, aufgeteilt auf das ganze Schuljahr in einer öffentlichen Schule (in den 10 Jahren des Bestehens der Lernstube hatten wir nur tolle Erfolge).

Ein **Schnuppertag** bzw. eine **Schnupperwoche** für Kinder und/oder Eltern zum Kennenlernen des Unterrichts ist gratis. Möglichkeit zum Einschreiben in die Schule besteht jederzeit, praktisch bis unmittelbar vor Beginn des Schuljahres. Preis: 300 Euro pro Monat für die Pflichtschule, 350 Euro pro Monat für AHS-Oberstufe.

Ort: Hirschfeldweg 5, 1130 Wien (Nähe 60er, 62er Straßenbahn).

Nähere Informationen unter
Tel: 01/804 61 68
e-mail: lernstubewien@gmx.at
www.lernstubewien.at

Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend
zum Thema

EU-AUSTRITT
denn Freiheit ist mein
Bürgerrecht

Donnerstag, 14. April, um 19 Uhr

in GRAZ - Innere Stadt

im Restaurant "GÖSSER-BRÄU",
Erdgeschoß, Neutorg. 48
Nähe Hauptpostamt / Jakominiplatz

Es sprechen:

Karin KOLLAND,

Autorin des gleichnamigen Sachbuches

Inge RAUSCHER & Helmut SCHRAMM

Proponenten des EU-Austritts-Volksbegehrens

**Eintritt:
freie Spende**

**WAS SOLL AUS UNSEREN
KINDERN WERDEN?**
Warum die PISA-Studie kein
Gradmesser für BILDUNG ist.

Mittwoch, 27. April, um 19 Uhr

in WIEN - 19. Bezirk

im Heurigen-Restaurant "Berger",
Grinzing, Himmelstraße 19
5 Gehminuten von der Endstation des 38-er

Es sprechen:

Dipl. Pädagogin Eva RÖTZER

Mag. Eva-Maria BLECHINGER

Die Steirerin **Karin KOLLAND** ist seit vielen Jahren in Gleisdorf bei Graz wohnhaft und wirkend. In ihrem bemerkenswerten Buch zum EU-Austritt zeichnet sie einen feinen Verbindungspfad geschichtlicher, juristischer und philosophischer STAATSBÜRGERSCHAFTSKUNDE, um den Menschen Europas den Impuls zu geben, sich aus der jahrtausendealten Prägung eines Untertanendaseins in die Freiheit selbstbewußter und selbstbestimmter Bürgerdemokratie zu erheben. Denn die Menschheit braucht weder Herrschaft noch Führer noch einen EU-Vormund! Der Mensch ist frei und gleich an Rechten geboren. Und: Es ist das RECHT der VÖLKER, unter eigenen Gesetzen zu leben!

Nutzen Sie die Gelegenheit, einen tieferen Blick in diese Aussagen der Buchautorin zu gewinnen.

"WARE BILDUNG - Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie".

Das ist der Titel eines Sachbuches von **Jochen**

KRAUTZ, das wir den WEGWARTE-Lesern als Ergänzung zum Artikel und Vortrag von Eva Rötzer und Mag. Blechinger wärmstens empfehlen. Darin wird auf den **ideologischen Hintergrund** der Bildungsdebatte (man könnte auch sagen der Zerstörung bewährter Bildungssysteme) eingegangen. Im Klappentext dieses Buches heißt es: "Ob PISA-Panik, Elitendebatten, neue Studiengänge oder Beschwörung der Disziplin: Schulen und Universitäten stehen mitten im Reformgewitter. Der Markt diktiert, welches Wissen wirklich relevant ist. **Dagegen wehrt sich die junge Generation.** Der Erziehungswissenschaftler Jochen Krautz entlarvt die ökonomische Ausrichtung der deutschen (österreichischen?) Bildungspolitik. Anhand zahlreicher Beispiele - vom Kindergarten bis zur Hochschule - zeigt der Autor, **wie die Bildung zur Ware schrumpft.** Die Streitschrift analysiert diesen Prozeß in seiner ganzen Tragweite, benennt die dafür Verantwortlichen und plädiert für eine Pädagogik, in deren Mittelpunkt wieder der Mensch steht."

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
22. März 2011

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code **AT366000000007483053**

WEGWARTE 21. Jahrgang, Folge 2, April 2011

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer